Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7673**
14. Wahlperiode 28. 11. 2001

Änderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Klaus Grehn, Pia Maier, Dr. Ilja Seifert, Dr. Heidi Knake-Werner und der Fraktion der PDS

zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2002
– Drucksachen 14/6800 Anlage, 14/7311, 14/7321, 14/7322, 14/7323, 14/7537 –

hier: Einzelplan 11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der im Haushaltsgesetzentwurf weggefallene Titel 893 10-253 – Sachkostenzuschüsse für Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – wird mit einem Betrag von 275 Mio. Euro wieder aufgesetzt.

Berlin, den 26. November 2001

Dr. Klaus Grehn
Pia Maier
Dr. Ilja Seifert
Dr. Heidi Knake-Werner
Roland Claus und Fraktion

Begründung

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) bleiben gerade für die vielen Arbeitslosen in den neuen Bundesländer ein unverzichtbares Mittel der Arbeitsmarktpolitik. Sie sind für Hunderttausende die einzige Alternative zu den vernichteten Arbeitsplätzen. Neue Arbeitsplätze entstehen kaum, so dass die befristete Arbeit in ABM oftmals die einzige verbliebene Chance ist, überhaupt wieder erwerbstätig zu sein. Das Netz der Träger von ABM hat bisher einem größeren Ausmaß von sozialen Verwerfungen, Armut und sozialer Ausgrenzung entgegenwirken können. Die Träger sind vor allem im sozialen Bereich tätig, in der Kinder- und Jugendarbeit, der Frauenarbeit, der Behindertenarbeit, der Ausländerintegration, der Arbeit mit Langzeitarbeitslosen und Arbeitslosen, bei der aufsuchenden Betreuung, bei der Reintegration und dem Training für den Arbeitsmarkt. Bei einem weiteren Jahr ohne die Gewährung von Sachkostenzuschüssen aus dem Haushaltsplan 2002 ist ein großer Teil der Maßnahmen nicht mehr durchführbar. Mittel für die Ausstattung von Arbeitsplätzen, für Mieten, Energie, Mobilität, Arbeitsmittel usw. sind unverzichtbar. Die Kommunen sind

angesichts ihrer prekären Unterfinanzierung überwiegend nicht in der Lage, Sachkostenzuschüsse aufzubringen. Die Träger selbst verfügen über so gut wie keine Einnahmen, aus denen sie Sachkosten finanzieren könnten. Eine Streichung der Sachkosten steht im Widerspruch zu den Zusagen der Bundesregierung, die Arbeitsförderung auf hohem Niveau zu verstetigen. Der genannte Betrag berücksichtigt die erhöhte Zahl der durchschnittlichen Arbeitslosen 2002 und der demzufolge erhöhten Zahl der zu erwartenden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333